

**Satzung zur Durchführung von Wahlen  
an der Hochschule für Musik und Theater München**

**(Wahlsatzung)**

**Vom 23. April 2024**

**(aktualisierte Fassung)**

**Geändert durch die Erste Änderungssatzung vom 4. Februar 2025**

Aufgrund von Art. 9 Satz 1 in Verbindung mit Art. 48 Abs. 2 des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes (BayHIG) vom 5. August 2022 (GVBl. S. 414, BayRS 2210-1-3-WK), zuletzt geändert durch § 14 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 605) und durch § 8 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 632), erlässt die Hochschule für Musik und Theater München folgende Satzung:

**Inhaltsübersicht**

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Wahlrechtsgrundsätze
- § 3 Wahlberechtigung und Wählbarkeit
- § 4 Ausübung des Wahlrechts; Wählendenverzeichnis
- § 5 Wahlorgane; Zusammensetzung und Aufgaben
- § 6 Wahlausschreiben
- § 7 Amtszeiten; Wahltermine und Zeit der Stimmabgabe
- § 8 Wahlvorschläge
- § 9 Prüfung der Wahlvorschläge
- § 10 Vorbereitung der Wahl und Gestaltung der Wahlunterlagen
- § 11 Allgemeine Regelungen zur Stimmabgabe
- § 12 Stimmabgabe bei Urnenwahl
- § 13 Briefwahl
- § 14 Stimmabgabe bei elektronischer Wahl
- § 15 Störungen bei elektronischer Wahl
- § 16 Technische Anforderungen an die elektronische Wahl
- § 17 Auszählung
- § 18 Feststellung des Wahlergebnisses
- § 19 Wahl Niederschrift; Aufbewahrung von Wahlunterlagen
- § 20 Annahme der Wahl
- § 21 Nachrücker von Ersatzvertreter\*innen
- § 22 Wahlprüfung
- § 23 Fristen
- § 24 Inkrafttreten

## § 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Satzung gilt für die Wahlen
  1. der Vertreter\*innen im Senat (Art. 35 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 4 BayHIG),
  2. der Studierendenvertretung (Art. 27 BayHIG)
- (2) Gehören einer Mitgliedergruppe nicht mehr Mitglieder an, als Vertreter\*innen zu wählen sind, werden diese ohne Wahl Mitglieder des betreffenden Organs.

## § 2 Wahlrechtsgrundsätze

- (1) <sup>1</sup>Die Vertreter\*innen in den Organen nach § 1 Abs. 1 werden nach Maßgabe dieser Satzung in gleicher, freier und geheimer Wahl in jeweils nach Gruppen getrennten Wahlgängen nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl (Personenwahl) unmittelbar gewählt. <sup>2</sup>Auf eine zur Wahl stehende Person können bei bestimmten Gruppen von einem bzw. einer einzelnen Wahlberechtigten mehrere Stimmen vergeben werden (Häufelung); näheres regelt § 11 Satz 4.
- (2) <sup>1</sup>Für die Wahlen bilden jeweils eine Gruppe
  1. die Professor\*innen,
  2. die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter\*innen, die Lehrbeauftragten sowie die Lehrkräfte für besondere Aufgaben,
  3. die sonstigen wissenschafts- und kunststützenden an der HMTM tätigen Beamt\*innen sowie Arbeitnehmer\*innen,
  4. die Studierenden der HMTM.
- (3) Eine Abwahl von Vertreter\*innen der Gruppe ist nicht zulässig.

## § 3 Wahlberechtigung und Wählbarkeit

- (1) <sup>1</sup>Wahlberechtigt und wählbar ist jedes Mitglied der HMTM, das der betreffenden Gruppe zugeordnet ist. <sup>2</sup>Für nebenberuflich Tätige gilt dies nur, wenn deren regelmäßige Arbeitszeit mindestens zehn Stunden wöchentlich beträgt (Art. 19 Abs. 1 Satz 6 BayHIG). <sup>3</sup>Zeiten der Beurlaubung lassen das Wahlrecht unberührt. <sup>4</sup>Mit dem Beginn der Freistellungsphase im Blockmodell der Altersteilzeit (Art. 91 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BayBG) endet die Wahlberechtigung und Wählbarkeit.
- (2) Kommt für ein Mitglied der HMTM die Zugehörigkeit zu mehr als einer der in § 2 Abs. 2 Satz 1 aufgezählten Gruppen in Betracht, gehört es ausschließlich zu der in der Reihenfolge des § 2 Abs. 2 Satz 1 zunächst aufgezählten Gruppe, soweit es dort wahlberechtigt ist.
- (3) Mit dem Verlust der Wählbarkeit in der Gruppe, für die es gewählt ist, scheidet das betreffende Mitglied aus dem jeweiligen Gremium nach § 1 Abs. 1 aus.

## § 4

### Ausübung des Wahlrechts; Wählendenverzeichnis

- (1) Das aktive und passive Wahlrecht können nur Wahlberechtigte ausüben, die in das Wählendenverzeichnis eingetragen sind.
- (2) <sup>1</sup>Das Wählendenverzeichnis wird von der Hochschulverwaltung erstellt. <sup>2</sup>Es gliedert sich entsprechend § 2 Abs. 2 Satz 1 in vier Gruppen. <sup>3</sup>Innerhalb dieser Gliederung ist das Wählendenverzeichnis in alphabetischer Reihenfolge zu führen oder in anderer Weise übersichtlich zu gestalten; es muss den Namen, den Vornamen und die Anschrift der Wahlberechtigten enthalten, wobei bei den Bediensteten die Dienstanschrift genügt; soweit es zur Kennzeichnung von Wahlberechtigten erforderlich ist, ist auch das Geburtsdatum anzugeben. <sup>4</sup>Die Hochschulverwaltung hat das Wählendenverzeichnis bis zur Schließung laufend zu aktualisieren und zu berichtigen. <sup>5</sup>Das Wählendenverzeichnis kann auch in Form einer elektronisch gespeicherten Datei geführt werden. <sup>6</sup>Rechtzeitig vor der Offenlegung nach Abs. 3 Satz 2 ist ein den Anforderungen dieser Wahlsatzung entsprechender Ausdruck zu erstellen.
- (3) <sup>1</sup>Am 28. Tag vor dem ersten Wahltag wird das Wählendenverzeichnis geschlossen. <sup>2</sup>Es muss mindestens während der letzten drei nicht vorlesungsfreien Tage vor der Schließung innerhalb der HMTM an geeigneter Stelle zur Einsicht ausgelegt werden; Samstage gelten als vorlesungsfrei im Sinne dieser Bestimmung.
- (4) <sup>1</sup>Gegen die Nichteintragung oder eine falsche Eintragung in das Wählendenverzeichnis können die Betroffenen spätestens am ersten Werktag nach Schließung des Wählendenverzeichnisses, jedoch nicht an Samstagen, schriftlich Erinnerung bei dem\*der Wahlleiter\*in einlegen. <sup>2</sup>Der\*die Wahlleiter\*in trifft unverzüglich, spätestens innerhalb von vier Kalendertagen nach Schließung des Wählendenverzeichnisses eine Entscheidung.
- (5) <sup>1</sup>Gegen die Eintragung einer Person in das Wählendenverzeichnis, die nicht wahlberechtigt ist, kann von jedem\*jeder Wahlberechtigten spätestens am ersten Werktag nach Schließung des Wählendenverzeichnisses, jedoch nicht an Samstagen, schriftlich Erinnerung eingelegt werden. <sup>2</sup>Der\*die Wahlleiter\*in entscheidet hierüber unverzüglich, spätestens innerhalb von vier Kalendertagen nach Schließung des Wählendenverzeichnisses; die eingetragene Person soll vorher gehört werden.
- (6) <sup>1</sup>Ist eine Erinnerung begründet, so hat der\*die Wahlleiter\*in das Wählendenverzeichnis zu berichtigen. <sup>2</sup>Die Berichtigung des Wählendenverzeichnisses nach dessen Schließung ist in einer Anlage zum Wählendenverzeichnis zu vermerken.
- (7) Nach Schließung des Wählendenverzeichnisses ist eine Berichtigung des Wählendenverzeichnisses durch die Hochschulverwaltung von Amts wegen hinsichtlich der in Abs. 2 Satz 3 Halbsatz 2 genannten Angaben vorzunehmen, soweit die Wahlberechtigung eines\*einer Einzelnen dadurch nicht berührt wird.

## § 5

### Wahlorgane; Zusammensetzung und Aufgaben

- (1) Wahlorgane sind der\*die Wahlleiter\*in sowie der Wahlausschuss.
- (2) <sup>1</sup>Wahlleiter\*in ist der\*die Kanzler\*in. <sup>2</sup>Dessen\*deren Vertreter\*in im Amt ist Stellvertreter\*in des\*der Wahlleiters\*Wahlleiterin.
- (3) <sup>1</sup>Dem Wahlausschuss gehören mindestens fünf Vertreter\*innen der in § 2 Abs. 2 Satz 1 genannten Gruppen im Verhältnis 2:1:1:1 an. <sup>2</sup>Der Wahlausschuss ist auch dann

ordnungsgemäß zusammengesetzt, wenn für eine der in § 2 Abs. 2 Satz 1 genannten Gruppen keine oder nur weniger Vertreter\*innen bestellt werden können. <sup>3</sup>Sie werden vom Senat der Hochschule für die jeweils nach dieser Wahlordnung durchzuführenden Wahlen bestellt. <sup>4</sup>Dieser bestellt gleichzeitig für den Fall des Ausscheidens oder der Verhinderung bestellter Vertreter\*innen Ersatzvertreter\*innen. <sup>5</sup>Der\*die Wahlleiter\*in gibt die Zusammensetzung des Wahlausschusses bekannt.

- (4) <sup>1</sup>Die Wahlorgane können zur Erfüllung ihrer Aufgaben Hilfspersonen heranziehen (Wahlhelfer\*innen). <sup>2</sup>Die Mitglieder der Hochschule sind nach Art. 26 Abs. 1 Satz 2 BayHIG zur Übernahme von Wahlhilfeaufgaben verpflichtet.
- (5) Der\*die Wahlleiter\*in, die Mitglieder des Wahlausschusses und die Wahlhelfer\*innen sind zur unparteiischen und gewissenhaften Erfüllung ihrer Aufgaben verpflichtet; sie üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.
- (6) <sup>1</sup>Der Wahlausschuss wählt aus der Mitte seiner hauptberuflich an der Hochschule tätigen Mitglieder je eine Person für den Vorsitz und die Vertretung; bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. <sup>2</sup>Die erste Sitzung des Wahlausschusses wird von dem\*der Wahlleiter\*in einberufen und von diesem\*dieser bis zur Wahl eines\*einer Vorsitzenden geleitet.
- (7) <sup>1</sup>Der Wahlausschuss, der auch mündlich mit einer Frist von mindestens einem Tag geladen werden kann, ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. <sup>2</sup>Er beschließt mit der Mehrzahl der abgegebenen Stimmen in Sitzungen. <sup>3</sup>Kann in unaufschiebbaren Angelegenheiten der Wahlausschuss nicht mehr rechtzeitig geladen werden oder ist dieser nicht beschlussfähig, entscheidet in diesen unaufschiebbaren Angelegenheiten der\*die Wahlleiter\*in an Stelle des Wahlausschusses. <sup>4</sup>Sind der\*die Vorsitzende und dessen\*deren Vertreter\*in nicht anwesend, ist für die jeweilige Sitzung entsprechend Abs. 6 ein\*e Vorsitzende\*r zu wählen.
- (8) <sup>1</sup>Der\*die Wahlleiter\*in ist für die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Wahlen, einschließlich der Auszählung der Stimmen, verantwortlich. <sup>2</sup>Er\*sie
1. bestimmt den Wahltermin,
  2. legt fest, ob die Wahl als Urnenwahl mit der Möglichkeit zur Briefwahl oder ganz oder teilweise elektronisch durchgeführt wird,
  3. erlässt das Wahlausschreiben und
  4. gibt die weiteren für die Durchführung der Wahlen erforderlichen Angaben und Termine bekannt.
- <sup>3</sup>Die elektronische Wahl ist nur dann zulässig, wenn bei ihrer Durchführung die geltenden Wahlrechtsgrundsätze, insbesondere die Grundsätze der geheimen Wahl und der Öffentlichkeit der Wahl, gewahrt sind.
- (9) Der Wahlausschuss nimmt die ihm durch diese Wahlordnung übertragenen Aufgaben wahr. <sup>2</sup>Er beschließt auf Ersuchen des\*der Wahlleiters\*Wahlleiterin über die Regelung von Einzelheiten der Wahlvorbereitung und der Wahldurchführung.
- (10) Die Wahlorgane haben bei ihren Entscheidungen zu berücksichtigen, dass durch die Regelung des Wahlverfahrens und die Bestimmung des Zeitpunkts der Wahl die Voraussetzungen für eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu schaffen sind.

## § 6 Wahlausschreiben

- (1) Spätestens am 49. Tag vor dem ersten Wahltag erlässt der Wahlleiter oder die Wahlleiterin ein Wahlausschreiben, das in der HMTM bekannt gemacht wird.
- (2) <sup>1</sup>Das Wahlausschreiben muss enthalten
1. Ort und Tag seines Erlasses,
  2. die Zahl der in den einzelnen Gruppen zu wählenden Vertreter\*innen des jeweiligen Organs,
  3. die Angabe, wo und wann das Wählendenverzeichnis zur Einsicht ausliegt,
  4. den Hinweis, dass die Ausübung des Wahlrechts von der Eintragung im Wählendenverzeichnis abhängig ist,
  5. die Aufforderung, Wahlvorschläge einzureichen; der Zeitraum, innerhalb dessen Wahlvorschläge eingereicht werden können, und der letzte Tag der Einreichungsfrist sind anzugeben,
  6. den Hinweis, dass nur fristgerecht eingereichte Wahlvorschläge berücksichtigt werden und dass nur gewählt werden kann, wer in einen solchen Wahlvorschlag aufgenommen ist,
  7. den Ort an dem die Wahlvorschläge bekannt gegeben werden,
  8. den Wahltermin und die Zeit der Stimmabgabe bzw. die Wahlfrist sowie die Art und Weise der Stimmabgabe (Urnenwahl oder ganz oder teilweise elektronische Wahl),
  9. den Hinweis auf die Möglichkeit der Briefwahl, sofern die Wahl nicht vollständig elektronisch durchgeführt wird.

<sup>2</sup>Im Wahlausschreiben soll auf die Wahlbenachrichtigung gemäß § 10 Abs. 1 hingewiesen werden.

## § 7 Amtszeiten; Wahltermine und Zeit der Stimmabgabe

- (1) <sup>1</sup>Die Amtszeit der Vertreter\*innen im Senat beträgt zwei Jahre; die Amtszeit der Vertreter\*innen der Studierenden im Senat beträgt abweichend hiervon ein Jahr. <sup>2</sup>Die Amtszeit der Studierendenvertretung beträgt ein Jahr. <sup>3</sup>Sie beginnt jeweils am 1. Oktober und endet am 30. September
- (2) <sup>1</sup>Die Wahlen finden am Ende eines Studienjahres für die mit dem folgenden Studienjahr beginnende Amtsperiode statt. <sup>2</sup>Die Stimmabgabe bei Urnenwahl ist an bis zu drei aufeinander folgenden, nicht vorlesungsfreien Tagen jeweils von 9.00 bis spätestens 18.00 Uhr durchzuführen; bei elektronischer Wahl beträgt die Wahlfrist/Zeitspanne zwischen erstem und letztem Zeitpunkt der möglichen Stimmabgabe mindestens sieben und höchstens 14 aufeinander folgende 24-Stunden-Zeiträume; sie beginnt und endet jeweils, sofern im jeweiligen Wahlausschreiben nicht anders festgelegt, um 12:00 Uhr. <sup>3</sup>Der\*die Wahlleiter\*in bestimmt für die Wahl der Vertreter\*innen im Senat und der Studierendenvertretung gemeinsame Wahltermine. <sup>4</sup>Erfolgen die Wahlen teilweise oder vollständig elektronisch, muss die Stimmabgabe bei allen Arten der Wahldurchführung am selben Tag enden.

## § 8 Wahlvorschläge

- (1) Vorschläge für die Wahl der Vertreter\*innen (Wahlvorschläge) sind getrennt nach
  1. den zu wählenden Organen nach § 1 Abs. 1 und
  2. Gruppen (§ 2 Abs. 2 Satz 1)  
zu machen.
- (2) <sup>1</sup>Wahlvorschläge bedürfen der Schriftform; die HMTM stellt hierfür ein Formular zur Verfügung. <sup>2</sup>Die Zahl der Bewerber\*innen eines Wahlvorschlags darf höchstens das Dreifache der Zahl der zu wählenden Vertreter\*innen betragen. <sup>3</sup>Die Namen der einzelnen Bewerber\*innen sind auf dem Wahlvorschlag mit fortlaufenden Nummern zu versehen. <sup>4</sup>Bewerber\*innen, die in der jeweiligen Gruppe nicht wählbar sind, werden durch den\*die Wahlleiter\*in aus dem Wahlvorschlag gestrichen.
- (3) <sup>1</sup>Der Wahlvorschlag muss den Namen, den Vornamen, die Amts- oder Berufsbezeichnung der Bewerber\*innen sowie die Stelle, an der sie tätig sind, bei Studierenden neben dem Namen und Vornamen den Studiengang bzw. die Studiengänge, in dem bzw. denen sie immatrikuliert sind, enthalten; soweit es zur Kennzeichnung von Bewerber\*innen erforderlich ist, ist auch das Geburtsdatum anzugeben; dem Wahlvorschlag soll eine kurz gefasste Gesamtbezeichnung gegeben werden; weitere Angaben darf der Wahlvorschlag nicht enthalten. <sup>2</sup>Aus dem Wahlvorschlag soll zu ersehen sein, welche\*r der Unterstützer\*innen zur Vertretung des Vorschlags gegenüber den Wahlorganen und zur Entgegennahme von Erklärungen und Entscheidungen der Wahlorgane berechtigt ist; fehlt diese Angabe, gilt die Person als berechtigt, die an erster Stelle genannt ist.
- (4) <sup>1</sup>Wahlvorschläge müssen von mindestens fünf Personen durch eigenhändige Unterschrift unterzeichnet werden, die für die jeweilige Wahl in der jeweiligen Gruppe wahlberechtigt sind. <sup>2</sup>Gehörten einer Gruppe bei der letzten Wahl weniger als 20 Wahlberechtigte an, so genügt die Unterzeichnung durch eine\*n Wahlberechtigte\*n. <sup>3</sup>Die Vorschlagenden haben bei der Unterzeichnung eines Wahlvorschlags zu ihrer Person die in Abs. 3 Satz 1 Halbsätze 1 und 2 genannten Angaben zu machen; sie können darüber hinaus ihre Zugehörigkeit zu einer Vereinigung von Mitgliedern der Hochschulen im Freistaat Bayern angeben. <sup>4</sup>Die Aufnahme Wahlberechtigter in einen Wahlvorschlag schließt diese nicht von der Unterzeichnung dieses Wahlvorschlags aus; dies gilt nicht, wenn die Unterzeichnung durch einen Wahlberechtigten genügt und der Wahlvorschlag nur eine Person enthält. <sup>5</sup>Die in diesem Absatz geforderte eigenhändige Unterzeichnung einer Person kann im Einzelfall durch eine Erklärung des\*der Bewerbers\*Bewerberin bzw. des\*der Unterstützers\*Unterstützerin auf einem dauerhaften Datenträger an den\*die Wahlleiter\*in ersetzt werden, in der die eigene Kandidatur und die Unterstützung des Wahlvorschlags bzw. bei Unterstützer\*innen nur die Unterstützung des Wahlvorschlags versichert wird und zusätzlich die Angaben gemäß Satz 3 gemacht werden.
- (5) <sup>1</sup>Mit dem Wahlvorschlag ist die schriftliche Einverständniserklärung der in ihm genannten Bewerber\*innen zur Kandidatur auf diesem Wahlvorschlag vorzulegen; die Einverständniserklärung kann auch in Textform gemäß Abs. 4 Satz 5 erfolgen. <sup>2</sup>Deren Aufnahme in den Wahlvorschlag ohne Einverständniserklärung ist unzulässig. <sup>3</sup>Ohne Einverständniserklärung benannte Kandidat\*innen sind durch den\*die Wahlleiter\*in aus dem Vorschlag zu streichen.

- (6) <sup>1</sup>Bewerber\*innen dürfen für eine Wahl zu einem Organ nur auf einem Wahlvorschlag, und zwar nur einmal, genannt werden. <sup>2</sup>Wer mit seinem Einverständnis auf mehreren Wahlvorschlägen genannt wird, ist durch den\*die Wahlleiter\*in auf allen Wahlvorschlägen zu streichen.
- (7) Wahlberechtigte können für eine Wahl zu einem Organ nur einen Wahlvorschlag im Sinn des Abs. 4 unterstützen; hat jemand mehrere Wahlvorschläge unterzeichnet oder in Textform gemäß Abs. 4 Satz 5 unterstützt, ist dessen\*deren Unterstützung bezüglich aller Wahlvorschläge ungültig.
- (8) Ein Wahlvorschlag, der im Zeitpunkt der Einreichung im Sinne des Abs. 4 ausreichend unterstützt war, ist auch dann zuzulassen, wenn Unterstützer\*innen der Vorschlagsliste nach Ablauf der Einreichungsfrist erklären, dass sie den Wahlvorschlag nicht länger unterstützen.
- (9) Vorgeschlagene Bewerber\*innen können durch schriftliche Erklärung ihre Kandidatur zurücknehmen, solange nicht über die Zulassung des Wahlvorschlags entschieden ist; für die Form dieser Rücknahme gilt Abs. 4 Satz 5 entsprechend.
- (10) <sup>1</sup>Wahlvorschläge können nur innerhalb des von dem\*der Wahlleiter\*in festgesetzten Zeitraums eingereicht werden. <sup>2</sup>Dieser Zeitraum beträgt drei Wochen und endet spätestens am 28. Tag vor dem ersten Wahltag.

## § 9

### Prüfung der Wahlvorschläge

- (1) <sup>1</sup>Nach Ablauf der Einreichungsfrist (§ 8 Abs. 10) prüft der Wahlausschuss unverzüglich die Wahlvorschläge und entscheidet über deren Gültigkeit und Zulassung. <sup>2</sup>Stellt er Mängel fest, gibt er den Wahlvorschlag an die berechtigte Person im Sinn des § 8 Abs. 3 Satz 2 mit der Aufforderung zurück, die Mängel innerhalb einer Frist von drei nicht vorlesungsfreien Tagen zu beseitigen; Samstage gelten als vorlesungsfreie Tage. <sup>3</sup>Werden die Mängel nicht fristgerecht beseitigt, sind diese Wahlvorschläge ungültig.
- (2) <sup>1</sup>Auf Grund der zugelassenen Wahlvorschläge werden von dem\*der Wahlleiter\*in Wahlleiterin die Stimmzettel erstellt. <sup>2</sup>Die Reihenfolge der Wahlvorschläge auf dem Stimmzettel ist alphabetisch.
- (3) Spätestens am 14. Tag vor dem ersten Wahltag gibt der\*die Wahlleiter\*in die zugelassenen Wahlvorschläge bekannt und weist darauf hin, dass Personenwahl stattfindet.

## § 10

### Vorbereitung der Wahl und Gestaltung der Wahlunterlagen

- (1) <sup>1</sup>Wahlberechtigte, die im Wählendenverzeichnis eingetragen sind, erhalten vor dem Zeitpunkt der Schließung des Wählendenverzeichnisses eine Wahlbenachrichtigung in der Regel als elektronisches Dokument. <sup>2</sup>In der Wahlbenachrichtigung wird den Wahlberechtigten mitgeteilt, bei welcher Gruppe sie im Wählendenverzeichnis eingetragen sind und in welchem Abstimmungsraum sie bei der Urnenwahl oder in welchem elektronischen Abstimmungsraum (Wahlportal) bei elektronischer Wahl die Stimme abzugeben haben. <sup>3</sup>Erfolgt eine Berichtigung des Wählendenverzeichnisses, erhalten die betroffenen Wahlberechtigten gegebenenfalls eine berichtigte Wahlbenachrichtigung. <sup>4</sup>Mit der Wahlbenachrichtigung erhalten die Wahlberechtigten

einen Vordruck für einen Antrag auf Übersendung der Briefwahlunterlagen (§ 13 Abs. 2), sofern die Wahl nicht vollständig elektronisch durchgeführt wird.

- (2) <sup>1</sup>Für jede Gruppe (§ 2 Abs. 2 Satz 1) und jedes Organ werden besondere Stimmzettel hergestellt bzw. im Wahlportal bereitgestellt. <sup>2</sup>Auf dem Stimmzettel sind die Personen aus den Wahlvorschlägen in alphabetischer Reihenfolge mit den in § 8 Abs. 3 Satz 1 genannten Angaben aufzuführen. <sup>3</sup>In den Stimmzetteln ist auf die Möglichkeiten der Stimmabgabe nach § 11 hinzuweisen.
- (3) Die Stimmzettel für die Urnenwahl sind mit dem Dienstsiegel der HMTM zu versehen.
- (4) Soweit diese Wahlsatzung nichts Näheres bestimmt, entscheidet der\*die Wahlleiter\*in über die äußere Gestaltung der Wahlunterlagen bzw. des Wahlportals im Benehmen mit dem Wahlausschuss.
- (5) Die HMTM führt Wahlen vorrangig unter Nutzung eines Wahlportals (elektronische Wahl gem. § 14) durch.

## § 11

### Allgemeine Regelungen zur Stimmabgabe

<sup>1</sup>Es ist nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl zu wählen (§ 2 Abs. 1). <sup>2</sup>Entsprechend wird die Stimme für die zu wählenden einzelnen Bewerber\*innen abgegeben. <sup>3</sup>Jede wahlberechtigte Person hat so viele Stimmen, wie für ihre Gruppe in das jeweilige Organ Vertreter\*innen zu wählen sind. <sup>4</sup>Sie kann Bewerber\*innen innerhalb der ihr zustehenden Stimmenzahl jeweils bis zu drei Stimmen geben (Häufelung); Häufelung ist nur in den Gruppen möglich, in denen die wahlberechtigte Person mehr als eine Stimme hat. <sup>5</sup>Die wahlberechtigte Person gibt ihre Stimme in der Weise ab, dass sie durch ein Kreuz oder auf andere Weise, bei Wahlen über ein Wahlportal in der dort vorgegebenen Weise, eindeutig auf dem Stimmzettel erkennbar macht, wen sie wählt. <sup>6</sup>Ist in der jeweiligen Gruppe Häufelung möglich und will die wahlberechtigte Person häufeln, setzt sie vor den Namen des\*der Bewerbers\*Bewerberin die Zahl der Stimmen, die sie diesem\*dieser Bewerber\*in geben will, oder eine entsprechende Anzahl von Kreuzen. <sup>7</sup>Vergibt die wahlberechtigte Person weniger Stimmen als ihr insgesamt zustehen, verzichtet sie auf ihre weiteren Stimmen.

## § 12

### Stimmabgabe bei Urnenwahl

- (1) <sup>1</sup>Der\*die Wahlleiter\*in bestimmt Zahl und Ort der Abstimmungsräume. <sup>2</sup>Er\*sie trifft Vorkehrungen, dass die Wähler\*innen den Stimmzettel im Abstimmungsraum unbeobachtet kennzeichnen können. <sup>3</sup>Für die Aufnahme der Stimmzettel sind Wahlurnen zu verwenden. <sup>4</sup>Der Zugang zu den Wahlräumen ist allen Wahlberechtigten der HMTM nur zu Wahlzwecken gestattet. <sup>5</sup>Jegliche Beeinflussung der Wahlberechtigten im Abstimmungsraum ist unzulässig. <sup>6</sup>Der\*die Wahlleiter\*in kann im näheren Umkreis von Wahllokalen jegliche Beeinflussung von Wahlberechtigten sowie den Aufenthalt von Personen untersagen; dieser Umkreis ist zu kennzeichnen.
- (2) <sup>1</sup>Für jeden Abstimmungsraum wird von dem\*der Wahlleiter\*in ein aus mindestens drei Wahlhelfer\*innen bestehender Wahlvorstand bestellt. <sup>2</sup>Mindestens zwei Wahlhelfer\*innen müssen ständig im Abstimmungsraum anwesend sein, solange dieser zur Stimmabgabe geöffnet ist. <sup>3</sup>Gehören nicht alle Wahlhelfer\*innen dem Wahlvorstand



an, muss von den anwesenden Wahlhelfer\*innen jeweils eine\*r dem Wahlvorstand angehören.

- (3) Die Stimmberechtigten erhalten vom Wahlvorstand beim Betreten des Abstimmungsraums die erforderlichen Stimmzettel.
- (4) <sup>1</sup>Vor Einwurf des nach § 11 ausgefüllten und gefalteten Stimmzettels in die Urne ist festzustellen, ob die wahlberechtigte Person im Wählendenverzeichnis eingetragen ist; sie hat sich auf Verlangen über ihre Person auszuweisen. <sup>2</sup>Ist die wahlberechtigte Person im Wählendenverzeichnis eingetragen, gibt der Wahlvorstand die Wahlurne frei; die wahlberechtigte Person wirft den gefalteten Stimmzettel in die Wahlurne. <sup>3</sup>Die Stimmabgabe ist im Wählendenverzeichnis zu vermerken.
- (5) <sup>1</sup>Wird die Wahlhandlung unterbrochen oder das Wahlergebnis nicht unmittelbar nach Abschluss der Stimmabgabe festgestellt, hat der Wahlvorstand für die Zwischenzeit die Wahlurne so zu verschließen und aufzubewahren, dass der Einwurf oder die Entnahme von Stimmzetteln ohne Beschädigung des Verschlusses unmöglich ist. <sup>2</sup>Bei Wiedereröffnung der Wahl oder bei Entnahme der Stimmzettel zur Stimmzählung hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, dass der Verschluss unversehrt ist.
- (6) <sup>1</sup>Nach Ablauf der für die Stimmabgabe festgesetzten Zeit dürfen nur noch die Wahlberechtigten abstimmen, die sich in diesem Zeitpunkt im Wahlraum befinden. <sup>2</sup>Nach Stimmabgabe durch die anwesenden Wähler\*innen erklärt der Wahlvorstand am letzten Wahltag die Wahl für beendet.

### § 13 Briefwahl

- (1) Die Stimmabgabe ist auch in der Form der Briefwahl zulässig, es sei denn, dass die Wahl insgesamt über ein Wahlportal durchgeführt wird.
- (2) <sup>1</sup>Der Antrag auf Übersendung oder Aushändigung der Briefwahlunterlagen muss spätestens am 14. Tag vor Beginn der Wahl in Textform (§ 126b BGB) bei dem\*der Wahlleiter\*in eingehen. <sup>2</sup>Bei persönlicher Entgegennahme der Wahlunterlagen können Anträge auf Briefwahl bis sieben Tage vor der Wahl gestellt werden. <sup>3</sup>Wird die Wahl teilweise elektronisch durchgeführt, muss abweichend von Satz 1 und 2 der Antrag auf Übersendung oder Aushändigung der Briefwahlunterlagen in jedem Fall am 21. Tag vor Beginn der Wahl eingehen. <sup>4</sup>Der\*die Wahlleiter\*in sendet den Wahlberechtigten unverzüglich nach Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschläge die Wahlunterlagen zu oder händigt sie aus. <sup>5</sup>Der\*die Wahlleiter\*in hat die Übersendung oder Aushändigung im Wählendenverzeichnis zu vermerken; Wahlberechtigte, bei denen im Wählendenverzeichnis die Übersendung oder Aushändigung der Briefwahlunterlagen vermerkt ist, können ihre Stimme nur durch Briefwahl abgeben.
- (3) <sup>1</sup>Die Briefwähler\*innen haben dem\*der Wahlleiter\*in in verschlossenem Briefwahlumschlag die in den Wahlumschlägen eingeschlossenen Stimmzettel so rechtzeitig zu übersenden oder zu übergeben, dass der Wahlbrief spätestens vor Ablauf der für die Stimmabgabe festgesetzten Zeit dem\*der Wahlleiter\*in zugeht. <sup>2</sup>Dem\*der Wahlleiter\*in nach diesem Zeitpunkt zugehende Briefwahlumschläge gelten nicht als Stimmabgabe.
- (4) <sup>1</sup>Spätestens nach Abschluss der Stimmabgabe werden den rechtzeitig eingegangenen Briefwahlumschlägen die Wahlumschläge entnommen und nach Vermerk der Stimmabgabe im Wählendenverzeichnis in die Wahlurne gelegt. <sup>2</sup>Die den

Wahlumschlägen entnommenen Stimmzettel sind vor Beginn der Auszählung – unter Wahrung des Wahlgeheimnisses – mit den übrigen Stimmzetteln zu vermischen.

## § 14

### Stimmabgabe bei elektronischer Wahl

- (1) Für die Stimmabgabe bei elektronischer Wahl bestimmt der\*die Wahlleiter\*in einen elektronischen Abstimmungsraum (Wahlportal); für diesen wird ein Wahlvorstand entsprechend § 12 Abs. 2 bestellt.
- (2) <sup>1</sup>Der\*die Wahlleiter\*in stellt den Wahlberechtigten ihre Wahlunterlagen elektronisch bereit. <sup>2</sup>Diese bestehen aus dem Wahlschreiben mit den Zugangsdaten sowie Informationen zur Durchführung der Wahl und der Nutzung des Wahlportals. <sup>3</sup>Das Wahlportal ermöglicht die Stimmabgabe mittels Aufruf elektronischer Stimmzettel.
- (3) <sup>1</sup>Die Stimmabgabe erfolgt persönlich und unbeobachtet in elektronischer Form. <sup>2</sup>Die Authentifizierung der wahlberechtigten Person erfolgt durch personalisierte Zugangsdaten am Wahlportal. <sup>3</sup>Die elektronischen Stimmzettel sind gemäß den im Wahlausschreiben und im Wahlportal enthaltenen Anleitungen elektronisch auszufüllen und abzusenden. <sup>4</sup>Dabei ist durch das verwendete elektronische Wahlsystem sicherzustellen, dass das Stimmrecht nicht mehrfach und nur innerhalb der von dem\*der Wahlleiter\*in festgesetzten Wahlfrist ausgeübt werden kann. <sup>5</sup>Die Speicherung der abgesandten Stimmen muss anonymisiert und so erfolgen, dass die Reihenfolge des Stimmeingangs nicht nachvollzogen werden kann. <sup>6</sup>Die wahlberechtigten Personen müssen bis zur endgültigen Stimmabgabe die Möglichkeit haben, ihre Eingabe zu korrigieren oder die Wahl abubrechen. <sup>7</sup>Ein Absenden der Stimmen ist erst auf der Grundlage einer elektronischen Bestätigung durch den\*die Wähler\*in zu ermöglichen. <sup>8</sup>Die Übermittlung muss für den\*die Wähler\*in am Bildschirm erkennbar sein. <sup>9</sup>Mit dem Hinweis über die erfolgreiche Stimmabgabe gilt diese als vollzogen.
- (4) <sup>1</sup>Bei der Stimmeingabe darf es durch das verwendete elektronische Wahlsystem zu keiner Speicherung der Stimme des\*der Wähler\*in in dem von ihr oder ihm hierzu verwendeten Endgerät kommen. <sup>2</sup>Es muss gewährleistet sein, dass unbemerkte Veränderungen der Stimmeingabe durch Dritte ausgeschlossen sind. <sup>3</sup>Auf dem Bildschirm müssen die Stimmzettel nach Absenden der Stimmeingabe unverzüglich ausgeblendet werden. <sup>4</sup>Das verwendete elektronische Wahlsystem darf die Möglichkeit für einen Papierausdruck der abgegebenen Stimme nach der endgültigen Stimmabgabe nicht zulassen. <sup>5</sup>Die Speicherung der Stimmabgabe in der elektronischen Wahlurne muss nach einem nicht nachvollziehbaren Zufallsprinzip erfolgen. <sup>6</sup>Die Anmeldung am Wahlsystem, die Auswahl und Abgabe der Stimmen sowie persönliche Informationen und IP-Adressen der Wahlberechtigten dürfen nicht protokolliert werden.
- (5) Die Stimmabgabe in elektronischer Form ist während der regulären Dienstzeiten auch in einem von dem\*der Wahlleiter\*in festzulegenden Raum der Hochschulverwaltung möglich.

## § 15

### Störungen bei elektronischer Wahl

- (1) <sup>1</sup>Ist die elektronische Stimmabgabe während der Wahlfrist aus von der HMTM zu vertretenden technischen Gründen den Wahlberechtigten nicht möglich, kann der\*die

Wahlleiter\*in im Einvernehmen mit dem Wahlausschuss die Wahlfrist verlängern. <sup>2</sup>Die Verlängerung muss allgemein bekannt gegeben werden.

- (2) <sup>1</sup>Werden während der elektronischen Wahl Störungen bekannt, die ohne Gefahr eines vorzeitigen Bekanntwerdens oder Löschens der bereits abgegebenen Stimmen behoben werden können und eine mögliche Stimmenmanipulation ausgeschlossen ist, kann der\*die Wahlleiter\*in im Einvernehmen mit dem Wahlausschuss solche Störungen beheben oder beheben lassen und die Wahl fortsetzen; andernfalls ist die Wahl ohne Auszählung der Stimmen zu stoppen. <sup>2</sup>Wird die Wahl fortgesetzt, ist die Störung und deren Dauer im Protokoll zur Wahl zu vermerken. <sup>3</sup>Im Falle des Abbruchs der Wahl entscheidet der\*die Wahlleiter\*in im Einvernehmen mit dem Wahlvorstand über das weitere Verfahren; § 22 Abs. 4 Satz 4 bis 6 gilt entsprechend.

## § 16

### Technische Anforderungen an die elektronische Wahl

- (1) <sup>1</sup>Elektronische Wahlen dürfen nur dann durchgeführt werden, wenn das verwendete elektronische Wahlsystem aktuellen technischen Standards, insbesondere den Sicherheitsanforderungen für Online-Wahlprodukte des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik entspricht und nachweislich die geltenden Wahlgrundsätze (frei, gleich, geheim, allgemein, unmittelbar) einhält. <sup>2</sup>Das System muss die in den nachfolgenden Absätzen aufgeführten technischen Spezifikationen besitzen. <sup>3</sup>Die Erfüllung der technischen Anforderungen ist durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.
- (2) <sup>1</sup>Zur Wahrung des Wahlheimnisses müssen elektronische Wahlurne und elektronisches Wahlverzeichnis auf verschiedener Serverhardware geführt werden. <sup>2</sup>Das Wahlverzeichnis soll auf einem hochschuleigenen Server gespeichert sein.
- (3) <sup>1</sup>Die Wahlserver müssen vor Angriffen aus dem Netz geschützt sein, insbesondere dürfen nur autorisierte Zugriffe zugelassen werden. <sup>2</sup>Autorisierte Zugriffe sind insbesondere die Überprüfung der Stimmberechtigung, die Speicherung der Stimmabgabe der Wähler\*innen, die Registrierung der Stimmabgabe und die Überprüfung auf mehrfache Ausübung des Stimmrechtes (Wahlzeiten). <sup>3</sup>Es ist durch geeignete technische Maßnahmen zu gewährleisten, dass im Falle des Ausfalles oder der Störung eines Servers oder eines Serverbereiches keine Stimmen unwiederbringlich verloren gehen können.
- (4) <sup>1</sup>Das Übertragungsverfahren der Wahlzeiten ist so zu gestalten, dass sie vor Ausspäher- oder Entschlüsselungsversuchen geschützt sind. <sup>2</sup>Die Übertragungswege zur Überprüfung der Stimmberechtigung des\*der Wähler\*in sowie zur Registrierung der Stimmabgabe im Wählendenverzeichnis und die Stimmabgabe in die elektronische Wahlurne müssen so getrennt sein, dass zu keiner Zeit eine Zuordnung des Inhalts der Wahlentscheidung zu dem\*der Wähler\*in möglich ist.
- (5) <sup>1</sup>Die Datenübermittlung muss verschlüsselt erfolgen, um eine unbemerkte Veränderungen der Wahlzeiten zu verhindern. <sup>2</sup>Bei der Übertragung und Verarbeitung der Wahlzeiten ist zu gewährleisten, dass bei der Registrierung der Stimmabgabe im Wählendenverzeichnis kein Zugriff auf den Inhalt der Stimmabgabe möglich ist.
- (6) <sup>1</sup>Die wahlberechtigten Personen sind über geeignete Sicherheitsmaßnahmen zu informieren, mit denen der für die Wahlhandlung genutzte Computer gegen Eingriffe Dritter nach dem aktuellen Stand der Technik geschützt wird; auf kostenfreie Bezugsquellen geeigneter Software ist hinzuweisen. <sup>2</sup>Die Kenntnisnahme der

Sicherheitshinweise ist vor der Stimmabgabe durch die wahlberechtigte Person verbindlich in elektronischer Form zu bestätigen.

## § 17 Auszählung

- (1) Unverzüglich nach Beendigung der Stimmabgabe ist die Auszählung der abgegebenen Stimmen vorzunehmen; sie soll spätestens am siebten Tage nach Beendigung der Stimmabgabe abgeschlossen werden.
- (2) <sup>1</sup>Nach Öffnung der Wahlurnen werden die Stimmzettel auf ihre Gültigkeit geprüft. <sup>2</sup>Ein abgegebener Stimmzettel ist ungültig,
  1. wenn er keine\*n Bewerber\*in oder keinen Wahlvorschlag kennzeichnet,
  2. wenn er als nichtamtlich erkennbar ist,
  3. wenn die Stimmabgabe bei Briefwahl nicht entsprechend § 13 Abs. 3 Satz 1 erfolgt ist,
  4. wenn der Stimmzettel einen Zusatz, der nicht der Kennzeichnung der gewählten Bewerber\*innen oder des gewählten Wahlvorschlags dient, oder einen Vorbehalt enthält,
  5. soweit für eine\*n Bewerber\*in mehr als drei Stimmen abgegeben wurden, hinsichtlich der weiteren Stimmen für den\*die Bewerber\*in,
  6. wenn die der wahlberechtigten Person zur Verfügung stehende Stimmanzahl auch nach der Abzug der nach Nr. 5 ungültigen Stimmen überschritten wurde,
  7. wenn aus dem Stimmzettel der Wille der wahlberechtigten Person nicht zweifelsfrei erkennbar ist.
- (3) Bei Zweifeln über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Stimmabgabe entscheidet der Wahlausschuss.
- (4) Die auf jede\*n einzelne\*n Bewerber\*in werden zusammengezählt.
- (5) <sup>1</sup>Wird die Wahl ganz oder teilweise elektronisch durchgeführt, ist für die Administration der Wahlserver und insbesondere für die Auszählung und Archivierung der Wahl die Autorisierung durch mindestens zwei Personen, den\*die Wahlleiter\*in gemäß § 5 Abs. 2 und mindestens eines der hauptberuflich an der HMTM tätigen Mitglieder des Wahlausschusses gemäß § 5 Abs. 6 notwendig. <sup>2</sup>Der\*die Wahlleiter\*in veranlasst unverzüglich nach Beendigung der elektronischen Wahl die computerbasierte Auszählung der abgegebenen Stimmen und stellt das Ergebnis durch einen Ausdruck der Auszählungsergebnisse fest, der von zwei Mitgliedern des Wahlausschusses abgezeichnet wird. <sup>3</sup>Alle Datensätze der elektronischen Wahl sind in geeigneter Weise zu speichern. <sup>4</sup>Bei elektronischer Wahl sind technische Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen, die den Auszählungsprozess für jede\*n Wähler\*in jederzeit reproduzierbar machen.

## § 18 Feststellung des Wahlergebnisses

- (1) <sup>1</sup>Der\*die Wahlleiter\*in stellt nach Auszählung der Stimmen für jede Wahl und jede Gruppe die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmzettel, die Zahl der ungültigen Stimmzettel sowie die Zahlen der gültigen Stimmzettel, die auf die einzelnen Wahlvorschläge, und die Zahlen der gültigen Stimmen, die auf die einzelnen

Bewerber\*innen entfallen sind, fest. <sup>2</sup>Er\*sie stellt weiter die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Wahlvorschläge, die gewählten Bewerber\*innen sowie die Reihenfolge der Ersatzvertreter\*innen nach Maßgabe des Abs. 2 fest; bei elektronischer Durchführung der Wahl notiert er\*sie dieses Ergebnis in dem Ausdruck des Wahlergebnisses gemäß § 17 Abs. 5 Satz 2. <sup>3</sup>Der\*die Wahlleiter\* gibt das festgestellte Wahlergebnis durch Anschlag an den für amtliche öffentliche Bekanntmachungen bestimmten Stellen oder in sonst geeigneter Weise öffentlich bekannt. <sup>4</sup>Er\*sie hat es von Amts wegen zu berichtigen, wenn innerhalb von vier Monaten nach der Feststellung Schreibfehler, Rechenfehler und ähnliche Unrichtigkeiten bekannt werden.

- (2) <sup>1</sup>Bei Personenwahl sind die Personen gewählt, die die höchste Stimmenzahl erhielten. <sup>2</sup>Bei Stimmgleichheit entscheidet das von einem Mitglied des Wahlausschusses zu ziehende Los. <sup>3</sup>Die Nichtgewählten sind in der Reihenfolge ihrer Stimmenzahl Ersatzvertreter\*innen; bei Stimmgleichheit entscheidet das von einem Mitglied des Wahlausschusses zu ziehende Los über die Reihenfolge; Personen, die keine einzige Stimme erhalten haben, sind nicht Ersatzvertreter\*innen.

## § 19

### Wahlniederschrift; Aufbewahrung von Wahlunterlagen

- (1) <sup>1</sup>Über die Verhandlungen des Wahlausschusses und seine Beschlüsse sowie über die Wahlhandlung und die Tätigkeit der Wahlvorstände sind Niederschriften zu fertigen. <sup>2</sup>Die Niederschriften über die Tätigkeit der Wahlvorstände werden von den Mitgliedern des jeweiligen Wahlvorstands, die übrigen vom dem\*der Vorsitzenden des Wahlausschusses unterzeichnet.
- (2) Die Wahlniederschriften sollen insbesondere den Gang der Wahlhandlung aufzeichnen, das Wahlergebnis festhalten und besondere Vorkommnisse vermerken.
- (3) Die Stimmzettel und Wahlniederschriften sowie bei elektronischer Wahl die Datensätze nach § 17 Abs. 5 sind bis zum Ablauf der Amtszeit der gewählten Vertreter und Vertreterinnen aufzubewahren.

## § 20

### Annahme der Wahl

- (1) <sup>1</sup>Der\*die Wahlleiter\*in hat die Gewählten unverzüglich von ihrer Wahl in Textform (per E-Mail) gegen Nachweis (Übermittlungs- und Lesebestätigung) zu verständigen. <sup>2</sup>Die Wahl ist angenommen, wenn nicht spätestens am dritten Tag nach Zugang der Benachrichtigung dem\*der Wahlleiter\*in eine Ablehnung der Wahl aus wichtigem Grund (Art. 26 Abs. 1 Satz 3 BayHIG) in Textform vorliegt. <sup>3</sup>Ob ein wichtiger Grund für die Ablehnung der Wahl vorliegt, entscheidet der Wahlausschuss in der Zusammensetzung nach § 22 Abs. 4.
- (2) <sup>1</sup>Nach Annahme der Wahl können die Gewählten von ihrem Amt nur zurücktreten, wenn der Ausübung des Amtes wichtige Gründe entgegenstehen. <sup>2</sup>Ob wichtige Gründe vorliegen, entscheidet die Hochschulleitung.

## § 21

### Nachrücken von Ersatzvertreter\*innen

- (1) <sup>1</sup>Wird die Wahl von einer gewählten Person rechtswirksam nicht angenommen, rückt der\*die Ersatzvertreter\*in nach, der oder die gemäß § 18 Abs. 2 in der Reihenfolge der Ersatzvertreter\*innen der\*die Nächste ist. <sup>2</sup>Sind Ersatzvertreter\*innen nicht vorhanden, bleibt der betreffende Sitz unbesetzt; eine Ergänzungswahl findet nicht statt.
- (2) <sup>1</sup>Scheidet ein\*e gewählte\*r Vertreter\*in aus, gelten Abs. 1 und § 20 entsprechend; Art. 50 Abs. 1 BayHIG bleibt unberührt. <sup>2</sup>Die Entscheidung nach § 20 Abs. 1 Satz 3 trifft die Hochschulleitung.

## § 22

### Wahlprüfung

- (1) Jede wahlberechtigte Person kann nach der Feststellung und Bekanntgabe des Wahlergebnisses die Wahl in ihrer Gruppe innerhalb von sieben Tagen unter Angabe von Gründen anfechten; die Anfechtung erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem\*der Wahlleiter\*in.
- (2) Die Anfechtung ist begründet, wenn wesentliche Vorschriften über das Wahlrecht, die Wählbarkeit oder das Wahlverfahren verletzt worden sind und diese Verletzung zu einer fehlerhaften Sitzverteilung geführt hat oder hätte führen können.
- (3) Eine Anfechtung der Wahl mit der Begründung, dass eine wahlberechtigte Person an der Ausübung ihres Wahlrechts gehindert gewesen sei, weil sie nicht oder nicht mit der richtigen Gruppenzugehörigkeit in das Wählendenverzeichnis eingetragen wurde, oder dass eine Person an der Wahl teilgenommen habe, die zwar in das Wählendenverzeichnis eingetragen, aber nicht wahlberechtigt war, ist nicht zulässig.
- (4) <sup>1</sup>Über die Anfechtung entscheidet der Wahlausschuss unter stimmberechtigter Mitwirkung des Wahlleiters oder der Wahlleiterin als Vorsitzendem oder Vorsitzender mit der Mehrheit seiner Mitglieder. <sup>2</sup>Der Beschluss ist schriftlich zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und der Antrag stellenden sowie der unmittelbar betroffenen Person zuzustellen. <sup>3</sup>Ist die Anfechtung begründet, hat der Wahlausschuss entweder das Wahlergebnis bei fehlerhafter Auszählung zu berichtigen oder die Wahl in dem erforderlichen Umfang für ungültig zu erklären und insoweit eine Wiederholungswahl anzuordnen; vorbehaltlich einer anderweitigen Entscheidung im Wahlprüfungsverfahren wird bei der Wiederholungswahl nach denselben Vorschlägen und auf Grund desselben Wählendenverzeichnisses gewählt wie bei der für ungültig erklärten Wahl; wirkt sich ein Verstoß für die Sitzverteilung nur in einer Gruppe aus, ist nur diese Wahl für ungültig zu erklären und zu wiederholen. <sup>4</sup>Eine Wiederholung der Wahl ist unverzüglich durchzuführen. <sup>5</sup>Der\*die Wahlleiter\*in legt den Wahltermin und die Zeit der Stimmabgabe fest. <sup>6</sup>§ 7 Abs. 2 Satz 1 gilt für Wiederholungswahlen nicht.

## § 23

### Fristen

- (1) <sup>1</sup>Soweit für die Stellung von Anträgen oder die Einreichung von Vorschlägen die Wahrung einer Frist vorgeschrieben ist, läuft die Frist am letzten Tag um 16.00 Uhr ab. <sup>2</sup>§ 13 Abs. 3 bleibt unberührt.

(2) Die in § 4 Abs. 4 und 5, § 8 Abs. 10, § 13 Abs. 2, § 20 Abs. 1 und § 22 Abs. 1 genannten Fristen sind Ausschlussfristen.

§ 24  
Inkrafttreten

Diese durch die Erste Änderungssatzung geänderte Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung der Ersten Änderungssatzung (5. Februar 2025) in Kraft.